



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

in 18 Tagen wollen wir den Wechsel in Deutschland und Hessen erreichen! Wir wollen gestalten statt aussitzen! Peer Steinbrück hat unser 100-Tage-Programm vorgestellt. Helft mit, dass wir diese wichtigen Themen umsetzen können:

- Einführung gesetzlicher Mindestlohn 8,50 €**
- Gleicher Lohn für Frauen**
- Gleicher Lohn für Leiharbeiter**
- Rentengesetz mit Solidarrente**
- Betreuungsgeld abschaffen**
- Doppelte Staatsbürgerschaft**
- Mietpreisbremse**
- Finanzmarktregulierung**
- Gerechte Steuern / Steuerbetrug bekämpfen**

Das TV-Duell, aber auch die Debatte zur Situation Deutschlands im Bundestag haben erneut verdeutlicht: Peer Steinbrück tritt gegen eine Aussitz-Kanzlerin an, die außer ihrer Person keine politischen Inhalte anbietet. Zu Recht warf Peer Steinbrück der Kanzlerin vor, sie spreche immer von „wir werden..“. Da müsse man fragen, warum sie es denn dann nicht längst getan und ihre vielen Forderungen umgesetzt habe? Es herrscht Stillstand in Deutschland. **„Die Kanzlerin ist eine Architektin der Macht, aber keine Architektin des Landes.“** Es lohnt sich die Debatte noch einmal anzuschauen: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/46477527_kw36_de_situation/index.html.

In den Sondersitzungen des Bundestages am Montag und Dienstag dieser Woche debattierten wir auch den Abschlussbericht des **NSU-Untersuchungsausschusses** (den über 1300 Seiten starken Bericht findet Ihr unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714600.pdf>), den Bericht über das **Euro-Hawk-Desaster** und zur **Situation Deutschlands**. Außerdem begleitete uns natürlich das furchtbare und völkerrechtswidrige Blutvergießen in **Syrien**. Den **NSA-Datenspäh-Skandal** konnten wir leider nicht debattieren, weil Schwarz-Gelb nach einer harten Geschäftsordnungsdebatte die Aufnahme auf die Tagesordnung verweigerte.



Große Einigkeit beim NSU-Untersuchungsausschuss

An der Debatte im Bundestag nahmen auch Angehörige von Opfern des NSU-Terrors, der türkische Botschafter, der Geschäftsträger der griechischen Botschaft sowie Bundespräsident Joachim Gauck teil. Von insgesamt 49 Untersuchungsausschüssen, die es bislang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, war dieser der erste, der einstimmig von allen Bundestagsfraktionen eingesetzt wurde. Auch alle Beschlüsse bis hin zum Abschlussbericht fasste der Untersuchungsausschuss einstimmig.

Einigkeit hat den Ausschuss stark und effektiv gemacht

Alle Ausschussmitglieder seien sich von Beginn an einig gewesen, dass das Thema für Parteienstreit völlig ungeeignet sei. Daran erinnerte der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses **Sebastian Edathy** (SPD). Vielmehr sei es darum gegangen, dass „alle Demokraten gemeinsam darum streiten, verloren gegangenes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats wiederherzustellen.“ Das habe den Ausschuss stark und effektiv gemacht, bekräftigte Edathy. Alle Menschen müssten sich in Deutschland darauf verlassen können, dass der Staat sie vor Verbrechen schütze. Wenn trotzdem eine Straftat geschehe, müssten Opfer und Angehörige davon ausgehen können, dass unvoreingenommen ermittelt werde. Gegenüber den Opfern des NSU-Terrors und ihren Familien sei gegen diese beiden Grundsätze verstoßen worden, stellte Edathy fest.

Der Untersuchungsausschuss habe ein flächendeckendes Versagen von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und politisch Verantwortlichen vorgefunden. Rechtsextremismus sei verkannt und verharmlost worden. Deshalb sei die Reform des Verfassungsschutzes ein zentraler Baustein der insgesamt 47 Empfehlungen des Untersuchungsausschusses.

Nun liegt es in der Verantwortung von Bund, Ländern, Behörden, Politik und auch der Medien, dass die 47 Empfehlungen umgesetzt werden und der Bericht nicht in der Schublade verschwindet.

Syrien – alle politischen Möglichkeiten nutzen

Der Einsatz von Chemiewaffen ist ein furchtbares und völkerrechtswidriges Verbrechen. Die syrische Tragödie ist mit unendlichem Leid für die Menschen verbunden. Eine vorschnelle militärische Intervention gegen das Assad-Regime halten wir dennoch für falsch, denn sie könnte noch mehr Schaden anrichten. Zunächst müssen alle Möglichkeiten für eine politische Lösung ausgeschöpft werden. Peer Steinbrück hat beim Kanzlerduell betont: „100 Stunden Verhandlungen sind besser als eine Minute schießen“. Die SPD hat 6 Schritte für eine politische Regelung des Konflikts vorgelegt, die unter anderem eine 72stündige Waffenruhe vorsehen und darauf zielen, in internationaler Zusammenarbeit eine politische Lösung für Syrien umzusetzen. Der G-20-Gipfel in St. Petersburg muss ein Syrien-Gipfel werden. Die Differenzen zwischen Amerika und Russland müssen überwunden werden und die Weltgemeinschaft muss gemeinsam Verantwortung für ein Ende der Gewalt in Syrien übernehmen.

Abschlussbericht zum Euro-Hawk-Ausschuss

Selten hat sich ein Minister so `unglücklich` verhalten, wie Thomas de Maizière im Untersuchungsausschuss zum Drohnen-Debakel. Zu Beginn der Affäre hieß es aus dem Verteidigungsministerium noch, es habe kein Vorlage zu den Problemen mit den Drohnen gegeben. Dann kam heraus, dass dem Minister mindestens 6 Dokumente vorgelegen haben müssen. Dann hieß es, dem Minister seien die Probleme als „lösbar“ dargestellt worden und er musste eingestehen, deshalb einfach gar nichts gemacht zu haben. Der nun vorgelegte Abschlussbericht fasst das Versagen des Ministeriums und des Ministers beim Umgang mit den Problemen beim Euro-Hawk noch einmal eindrucksvoll zusammen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714650.pdf>. Abschließend lässt sich wohl sagen, dass noch nie ein Untersuchungsausschuss in so kurzer Zeit offengelegt hat, wie ein Minister sich widerspricht und augenscheinlich auch die Unwahrheit gesagt hat.



Abhör-Skandal

Am letzten Debattentag im Plenum des 17. Deutschen Bundestages verhinderte Schwarz-Gelb eine Aussprache über die NSA-Überwachungs-Affäre. Thomas Oppermann warf der Regierung vor, sich der Diskussion zu verweigern: "Sie wollen die Affäre totschweigen". Wieder ein typisches Beispiel für die Regierung: Es darf nicht sein, was nicht ins Bild passt. Die Spähaffäre ist aber nicht beendet, nur weil sich die Regierung das wünscht oder sie für beendet erklärt! **Die Vorwürfe der flächendeckenden Ausspähung deutscher Bürgerinnen und Bürger und damit ein Angriff auf unsere Demokratie sind nicht aufgeklärt!**

Wir hatten, wie auch DIE LINKE und Bündnis90/DIE GRÜNEN, einen Antrag eingebracht, in dem wir forderten, die Affäre endlich aufzuklären und die Bürgerinnen und Bürger vor flächendeckender Überwachung zu schützen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/146/1714677.pdf>). Seit den ersten Enthüllungen des früheren Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden ist das Thema in aller Munde. Die Menschen fragen sich zu Recht, ob ihre Grundrechte ausreichend geschützt werden und wie weit der Überwachungsskandal tatsächlich reichen wird. Der zuständige Minister zeigt sich dabei als äußerst schlechter Krisenmanager und die Bundesregierung kommt ihrer Pflicht, die Vorwürfe zu Prism- und Tempora aufzuklären, nicht nach. Das sei armselig, sagte Thomas Oppermann: „Dass wir von unseren engsten Bündnispartnern ausgespäht werden, das ist ein so unerhörter Vorgang, dass der Deutsche Bundestag darüber debattieren muss“. Aber auf der Regierungsbank auch dazu nur Schweigen.

Wer den Stillstand und das Aussitzen abwählen möchte, der muss am 22. September den Wechsel wählen und zwar in Hessen und im Bund. Wir wollen Deutschlands Zukunft auf unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestalten.

Unser Erfolg wird entscheidend von der Mobilisierung abhängen!

Die aktuellen Umfragen zeigen, dass noch harte Arbeit vor uns liegt und wir die Ärmel hochkrepeln müssen. Der Anteil der Unentschlossenen liegt bei über 30 Prozent. Während die CDU ausmobilisiert ist, haben wir noch enorme Reserven. Die Bürgerinnen und Bürger, die uns 2009 nicht gewählt haben, sind nicht zu anderen Parteien gewandert, sondern sitzen quasi im „Wartesaal“ und müssen von uns wieder abgeholt werden. Merkel setzt darauf, dass wieder möglichst wenig Menschen zur Wahlurne gehen. Unser Anliegen muss eine hohe Wahlbeteiligung sein, damit Rot-Grün gewinnt.

Wir müssen mobilisieren und verdeutlichen, dass Merkels angeblich präsidialer Stil nichts anderes als Zögern und Zaudern ist. Wir haben die richtigen Antworten auf die Zukunftsherausforderungen wie Energiewende, gute Bildung, faire Arbeit, Steuergerechtigkeit, Pflege, Gesundheit und Rente.

Analysen der letzten Wahlen zeigen: Die überwiegende Mehrheit der Wähler entscheidet sich erst wenige Tage oder sogar erst wenige Stunden vor der Wahl. Wir müssen präsent sein, die Menschen müssen merken, dass es uns ernst ist und wir um jede einzelne Stimme kämpfen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin